newsletter
Behindertenpolitik
37
Sep. 2009

Fiktion der Demokratie

Gegenwärtig – so wird uns nahe gelegt – befinden wir uns in einer wichtigen Phase politischer Entscheidungen. Einige Landtagswahlen sind gerade vorbei, die Bundestagswahl steht uns bevor. Der Souverän, das Volk, hat zu entscheiden, von wem es regiert werden möchte. Es wird suggeriert, man/frau habe Einflussmöglichkeiten. Dass dem nicht so ist, belegen die in dieser Ausgabe versammelten Artikel.

Maike Arft-Jacobi eröffnet unsere Serie „Im Glashaus sitzend mit Steinen werfen?“ mit einem Beitrag, in der sie persönliche Erfahrungen als Epileptikerin mit ihrer nicht normierten Weltwahrnehmung beschreibt (▸ S. 6). Sie muss zwischen den Institutionen und deren Definitionsmacht der Wirklichkeit lavieren. Von Wahlfreiheit vielfältiger Lebensentwürfe bleibt da nicht viel übrig.

Hoffnungsfroh stimmte auf den ersten Blick die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle infolge des Gleichstellungsgesetzes. Nun können benachteiligte Menschen aufatmen. Jahrelanges Wählen links-alternativer Parteien scheint sich gelohnt zu haben, um Druck in den Parlamenten zu erzeugen. Thomas Schmidt widerspricht dem in seinem Artikel vehement und sieht das Gebaren der Leiterin dieser Einrichtung als klassische Symbolpolitik im Rahmen wirtschaftsliberaler Staatsdoktrin (▸ S. 1).

Markiert die Antidiskriminierungsstelle das Ergebnis eines Institutionalisierungsprozesses, geht Volker van der Locht in seinem historischen Rückblick auf die Entstehung einer Organisation ein. Inhaltlich beschreibt er für diese Ausgabe die Ermordung von Kranken in polnischen Krankenhäusern. Dort machten die Nazis wesentliche Erfahrungen, die sie beim Aufbau des „Euthanasie“-Apparates im 3. Reich nutzen konnten (▸ S. 7).

Die Praxis der Nationalsozialisten widerspricht dem Handeln heutiger Machthaber! Befinden wir uns doch gegenwärtig in einer Demokratie. Das stimmt und stimmt wiederum nicht. Schon 1928 schrieb G. Leibholz: *„Dieses Streben einer Partei, sich mit dem Ganzen zu identifizieren, ist … nichts dem Faschismus eigentümliches. Denn die Intention zur Volkspartei ist jeder Partei immanent.“* Wie sind in diesem Zusammenhang aktuelle Parolen zu verstehen wie *„Unser Land kann mehr“* (SPD) wenn nicht als Identifikation mit dem (Volks)-Ganzen?

Entnommen sind Leibholz' Zeilen einem Buch von Johannes Agnoli über die Transformation der Demokratie. Volker van der Locht referiert Thesen dieses Buches und verknüpft sie mit Fragen zu behindertenpolitischen Themen (▸ S. 2). Sie werden ergänzt durch einige grundsätzliche Überlegungen zum Sozialstaat von Thomas Schmidt (▸ S. 4).

Mit den Themen dieser Ausgabe möchten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten klärend in den Bundestagswahlkampf eingreifen, selbst wenn dadurch die persönliche Entscheidung in der Wahlkabine nicht leichter wird.

Für die Redaktion

Volker van der Locht

Wertebasiertes Phrasendreschen

Dr. Martina Köppen und die „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“

Die 2006 als Folge des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) eingerichtete „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“ (ADS) mit ihrer Leiterin Dr. Martina Köppen steht zunehmend in der öffentlichen Kritik. In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage kam zutage, wofür diese Stelle ihren Etat verwendet: Nicht etwa in die Beratung und konkrete Hilfe für Diskriminierungsopfer fließt der Löwenanteil der Mittel, ebensowenig in die Aufbereitung und Dokumentation der bekanntgewordenen Fälle und die Information der Öffentlichkeit, nein, die „strategische Beratung“ der eigenen Stelle war ihr immerhin eine halbe Million Euro wert. Dagegen fast ein Schnäppchen mit nur jeweils 100.000 Euro waren die eintägigen „Berliner Kongresse“, auf denen die ADS Spitzenvertreter aus Wirtschaft und Politik im Nobelhotel Adlon über Themen wie „Die Kapitalmarktrelevanz nachhaltiger und wertebasierter Unternehmensführung“ (letzteres übrigens ein Lieblingsbegriff der Leiterin) parlieren ließ. Von den Kosten eines „Berliner Kongresses“ könne sich ein freies Antidiskriminierungsbüro mindestens ein Jahr lang finanzieren, rechnete Nuran Yigit vom Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin vor. Dass das Steuergeld zudem oftmals in wenig transpa-

Dr. Martina Köppen

Fortsetzung auf Seite 5

„Die Negation als Element der Befreiung“

Ein Kommentar zu den Wahlen

Am 27. September sind Bundestagswahlen. In allen Medien, gedruckt oder elektronisch, geriert man/frau sich in Prognosen „wer vorne liegt“: immer noch Merkel oder doch der bis jetzt im Tross trabende Steinmeier. Mögliche Koalitionsoptionen werden gehandelt: schwarz-gelb, rot-gelb-grün, wieder schwarz-rot oder was auch immer. Wen interessieren eigentlich diese ewig gleichen Kommentare? Von Politik- und Parteienverdrossenheit ist die Rede, und es wird ein weiterer Rückgang der Wahlbeteiligung erschaut. Ist das alles wirklich so dramatisch oder steckt nicht in der Abwendung des ideellen „Gesamtwählers“ eine durchaus richtige Erfahrung, dass es mit den hoch gelobten demokratischen Institutionen und Verfahren gar nicht so weit her ist – der viel beschworene „Bürger“ also von den tatsächlichen und relevanten Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleibt. Was findet also mit diesen Wahlen statt, und was hat das ganze mit emanzipatorischer Behindertenpolitik zu tun? Zum besseren Verständnis des ganzen Geschehens sollen im folgenden einige gar nicht so neue Einsichten entfaltet werden.

1968, also vor mehr als vierzig Jahren, veröffentlichte Johannes Agnoli seine Schrift „Die Transformation der Demokratie“. Darin beschreibt er, dass sich die westlichen Demokratien nicht nur in Deutschland in einem Involutionsprozess befinden. Unter Involution versteht er den Gegensatz zu Evolution, also Rückbildung, und das heißt: die Demokratien entwickeln sich zurück zu einem autoritären Staat mit vor- oder antidemokratische Formen, aber rechtsstaatlichen Typus.

Um seine These zu untermauern, geht er zurück auf die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes, das sich mit manchen Änderungen in diesem Jahr zum sechzigsten Male jährt. Als einen Zeugen führt er Peter Merkel an, der bereits 1965 konstatierte: „Die Ratsmitglieder sahen ihren Auftrag darin, eine konstitutionelle Demokratie ohne Beteiligung der Massen – nötigenfalls auch gegen deren Willen – zu errichten und aufrechtzuerhalten.“ Merkel stützt sich dabei unter anderem auf Georg August Zinn (SPD), der eine unmittelbare Demokratie mittels Volksentscheide ablehnte, „weil wir es uns nicht leisten können, auf die Massen zu vertrauen.“ Wer denkt da nicht an die Diskussionen um die Volksabstimmung des EU-Vertrages von Lissabon.

Stattdessen, so Agnoli, sollte nach den Vätern und Müttern des Grundgesetzes die Demokratie durch besondere Organe repräsentiert werden. Das heißt, das Parlament, welches durch Vertreter verschiedener Parteien besetzt wird. Dort sollte „der ganze politische Kampf gesellschaftlicher Kräfte auf die parlamentarische Auseinandersetzung und auf den Kampf der Parlamentsparteien untereinander zurückgeführt“ werden.

Natürlich müssen die Parteien gesellschaftliche Strömungen in ihren Wahlkämpfen berücksichtigen – damals wie heute. 1968 „entdeckten bei einer Kohlenbergbaukrise alle Parteien ihr Herz für die Kumpel“, 2009 streiten sie über den Erhalt von Opel. Alle Parteien machen damit die gleiche Entdeckung: sie „dehnen zugleich ihre Herzlichkeit auch auf alle anderen Bevölkerungsgruppen aus“. Und das meint „sowohl die Mieten zu erhöhen als auch zu senken (oder sozial zu stützen) ... mehr Urlaub zu gewähren und eine Stunde länger arbeiten zu lassen“. Selbstverständlich entdecken die Parteien gegenwärtig auch die „Menschen mit Behinderungen“ und fordern gesellschaftliche Teilhabe inklusive Bildung etc. pp.

Was sich dabei ereignet, ist die Abwendung der Parteien von ihrer ursprünglichen Basis. Sie sind also nicht mehr Interessenvertreter einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht, wie etwa SPD = Arbeiterpartei, sondern sie werden zu Staatsvertretern und vertreten das gesellschaftliche Ganze. Wir kennen die Statements der PolitikerInnen „Im Interesse des Gemeinwohls“, „Zum Nutzen der Solidargemeinschaft“ „Zum Wohle der Demokratie“. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Insgesamt entsteht so ideologisch und organisatorisch die Volkspartei, die nach Agnoli wirkt „als Klassenorgan der Konservation, weil sie keine Klassen mehr zu kennen vorgibt, sondern nur noch ‚Menschen’, keine gesellschaftlich bezogene Idee, sondern

nur ‚Sachen'. In ihr herrschten beim Entscheidungsprozeß nicht der Drang und der Druck existenter Bevölkerungsgruppen, sondern der „Sachzwang".

In der veröffentlichten Meinung wird die Orientierung an das Allgemeine, die Hervorhebung der Sache als unideologisch und kompetent, also positiv, hingestellt. Doch weit gefehlt, denn „die Parteien werden beliebig auswechselbar. Sie sind auswechselbar in der Sicht des Wählers, der sich gleichen Versprechungen und gleichen Praktiken gegenübergestellt sieht, aber auch im Selbstverständnis der Parteien selbst, denen es geradezu auf einen überzeugenden Nachweis ihrer Auswechselbarkeit ankommt, um Randwähler des Gegners für sich zu gewinnen".

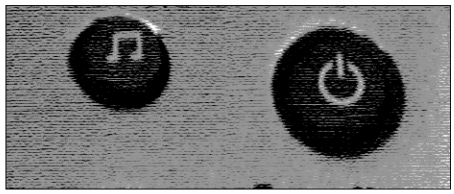
Nun sind vor mehr als 25 Jahren die Grünen angetreten, die parlamentarischen Gepflogenheiten aufzumischen. Parlamentarisches Spielbein der sozialen Bewegungen wollten sie sein. Vom imperativen Mandat war die Rede. Das Rotationsprinzip sollte verhindern, dass die grünen Abgeordneten sich behäbig in den Gremienalltag einfügen. Wer redet heute noch davon? Zwanzig Jahre nach Erscheinen der „Transformation" konstatierte Agnoli über die damals neuartige „Alternativpartei": „Die Präsenz der Grünen im Parlament wirkt nicht destabilisierend, bringt umgekehrt etliche dissidente Gruppen der Gesellschaft wieder heim ins Verfassungssystem." Oder an anderer Stelle: „Statt eine Fundamentalopposition zu sein, erfüllen die Grünen die Aufgabe aller institutionskonformen Opposition: die mögliche Rebellion zur Ordnung zu rufen".

Wem fielen nicht diverse Gesetzesinitiativen ein, auf die wir im letzten Viertel Jahrhundert unsere Hoffnungen gestützt haben: Das Bundespflegegesetz der 1980er Jahre, welches der Pflegeversicherung zum Opfer gefallen ist; die Grundgesetzänderung und das Allgemeine Gleichstellungsgesetz, die eine Benachteiligung auch bei Behinderung unmöglich machen soll.

Es soll ja nicht bestritten werden, dass es durch derartige Initiativen für bestimmte Gruppen Verbesserungen gegeben hat. Das Problem liegt eher darin, dass durch das Einschwenken auf vorgegebene Verfahrensweisen des politischen Systems Einzelne Vorteile bekommen, ohne das Gesamtgefüge zu gefährden. Denn die Wahl oder Berufung in Parlamente, Gremien oder Kommissionen ermöglicht „die Verteilung von Posten, Privilegien und Chancen", wodurch „ein materielles Interesse an der Aufrechterhaltung der Verhältnisse" entsteht, um die privilegierte Position als Parlaments- oder Gremienmitglied zu sichern. Mit anderen Worten: „die Assimilation mit der Herrschaft ist der Lohn für den Verzicht auf Opposition".

Vielleicht wirken im nostalgischen Rückblick die Aktionen der Krüppelbewegung so faszinierend, weil sie die Ödnis institutioneller Normalität entlarvte. Haben nicht die selbstorganisierten Ansätze damals tatsächlich das Machtverhältnis zwischen „Wohltäter" und „Musterkrüppelchen" in Frage gestellt und die Position der Wohlfahrtskonzerne punktuell gefährdet? Kam nicht dort eine Ahnung eines anderen Zusammenlebens zwischen Behinderten und nicht Behinderten auf? Aber statt dort weiter zu arbeiten und Formen jenseits der Institutionen zu entwickeln, haben wir uns auf die staatlichen Einrichtungen der Parlamente eingelassen, um „bessere" Gesetze auf den Weg zu bringen. Heraus kam dann eine Pflegeversicherung, die die institutionelle Macht mit der Bedürftigkeitsprüfung (Pflegestufenzuordnung durch medizinische Dienste) wieder festschrieb.

Zu Recht fragt Agnoli, was sich in all den Jahren der Verschiebungen nicht verändert hat und „zwar derart, dass aus der Revolte das Gegenteil dessen entstehen konnte, was sie sich erhofft hatte". Seiner Meinung nach bestand die Strategie der Konservativen darin, „soviel Äußerungen zuzulassen oder einzuführen, daß alles bei den alten Zuständen blieb". Oder anders: „Die Rechte freut sich immer, wenn die Linke die Aufgabe übernimmt … Zustände so zu ändern, dass das Gute, Alte, Wahre dabei nicht gefährdet wird."



All das ist natürlich desillusionierend für jene, die sich durch die Wahl einer linken Opposition Hoffnungen auf grundsätzliche Veränderungen machen. Das gilt nicht nur in Bezug auf die Grünen, sondern auch auf „Die Linke". Irgendwelche rotroten oder rotrotgrünen Koalitionen – möglich nach den Landtagswahlen im Saarland und Thüringen – können vor Agnolis Einsichten nicht überzeugen.

Im Gegenteil, eine grundlegende Gesellschaftsveränderung „kann nicht als Gesetzesvorlage weder oppositioneller noch regierender Fraktionen eingebracht werden.", so schreibt er, vielmehr gilt: „Emanzipation, gesellschaftliche Autonomie können nur noch – auf der Suche nach neuen Organisationsformen der Reproduktion ohne politischen Charakter (ohne Herrschaft und Macht, ohne Palast) – außerhalb der staatlichen Instanzen, Organe und Einrichtungen gefunden werden." Hier nimmt er Marx' Postulat vom Absterben des Staates ernst, dessen Funktionen von der Gesellschaft übernommen werden. Denn es sind „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx). Das heißt: „Die Negation als Element der Befreiung".

Volker van der Locht, Essen

WER SCHREIBT?

newsletterBehindertenpolitik

Jörg Fretter
Friedensplatz 6
35037 Marburg

Tel. 0 64 21 / 25 0 29

E–Mail: newsletter@joergfretter.de

Kontrolle ist gut - Vertrauen ist notwendig

oder: Wieviel ist uns der Sozialstaat wert?

Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist geprägt von einem Abbau sozialstaatlicher Leistungen, wie er in der deutschen Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel ist. Nach der Bundestagswahl, wenn die Kosten der Krise sichtbar werden und zugleich die „Schuldenbremse“ zu greifen beginnt, werden wir uns auf weitere deutliche Verschlechterungen einstellen müssen. Doch viele Betroffene quittieren diese Entwicklung mit einem Achselzucken, als handle es sich dabei um ein Naturgesetz. Die neoliberale Strategie, den Sozialstaat als bürokratisches Monstrum darzustellen, das seine „Kunden“ gängelt, entmündigt und jede Form von Selbstbestimmung quasi per se ausschließt, scheint auf fruchtbaren Boden zu fallen. Grund genug also für eine Bestandsaufnahme aus Sicht derjenigen, die auf den Sozialstaat angewiesen sind: Lohnt es sich, um den Sozialstaat zu kämpfen, und was wäre die Alternative? Diese Bestandsaufnahme kann hier nicht geleistet werden. Es soll aber das Grundprinzip des Sozialstaats in Erinnerung gerufen und der Blick auf einen eher weniger beachteten Aspekt des Sozialstaats gelenkt werden: als zivilisatorische Errungenschaft, ja, als Kulturgut.

Zunächst: (Fast) alles, was Schlechtes über den Sozialstaat gesagt und geschrieben wird, ist wahr, besser: Es beruht auf wahren Berichten über tatsächliche Erfahrungen mit der real existierenden Sozialbürokratie, die tatsächlich entmündigt und fremd bestimmt. Dies ist aber nur eine mögliche, einer obrigkeitsstaatlich-paternalistischen Traditionslinie des (v.a. deutschen) Sozialstaats geschuldete und besonders unerfreuliche Erscheinungsform staatlicher sozialer Sicherung. Zu fragen wäre jedoch auch nach anderen Traditionslinien und deren Durchsetzungschancen für die Gegenwart, bzw. danach, welche Bedingungen der Sozialstaat braucht, um seine emanzipatorischen Potentiale zur Geltung zu bringen.

Der solidarische Sozialstaat, wie wir ihn bis in die 1980er Jahre hinein wenigstens ansatzweise kannten (wenn auch in anderen europäischen Staaten z.T. wesentlich konsequenter ausgeprägt), beruht(e) v.a. auf dem Prinzip der Umlagefinanzierung. Vereinfacht gesagt bedeutet dies, dass ich im Falle der Bedürftigkeit (z.B. Krankheit, Alter oder Pflegebedürftigkeit) die gesetzlich festgeschriebenen (und zumindest in der Theorie bedarfsdeckenden) Leistungen auch dann erhalte, wenn ich (noch) keine entsprechenden Mittel eingezahlt habe. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich Geben und Nehmen bei durchschnittlich leistungsfähigen Personen auf lange Sicht ausgleichen; dass Leistungsschwächere stärker davon profitieren, ist Teil des Solidaritätsprinzips und wird ausdrücklich akzeptiert. Ebenso werden kleinere Abweichungen in der individuellen Kosten-Nutzen-Bilanz hingenommen, um das Vertrauen der Bevölkerung in die sozialen Sicherungssysteme aufrechtzuerhalten. Den solidarischen Sozialstaat gab es allerdings in Deutschland nie in Reinkultur. Für die Wohlhabenden gab es schon immer Schlupflöcher in Form von Beitragsbemessungsgrenzen usw.. Dies war jedoch solange verkraftbar, wie Vollbeschäftigung genug Geld in die Sozialkassen spülte.

Das prinzipielle Vertrauen darauf, dass zugesagte Leistungen zur Existenzsicherung ohne unmittelbare Gegenleistung auch tatsächlich erbracht werden, hat dazu geführt, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung relativ klaglos die hierfür notwendigen Steuern und Abgaben bezahlte. Dass damit zugleich die Loyalität zur herrschenden Staatsform gesichert wurde, ist richtig, beweist aber nur, dass der Sozialstaat als Instrument zur Systemüberwindung eher ungeeignet ist. Geeignet ist er aber für ein Ziel, das heute ebenfalls wieder als Utopie anmutet: Die Freiheit von Angst vor existenzieller Not und die Möglichkeit, die eigenen Ressourcen noch für etwas anderes als das materielle Überleben einzusetzen.

Zugleich ist die Schaffung und die fortwährende Rechtfertigung dieses Vertrauens die eigentliche zivilisatorische Leistung des Sozialstaates. Denn es war historisch das erste Mal, dass nicht die eigene Familie oder die Dorfgemeinschaft, also konkrete Menschen, Träger dieses Vertrauens waren, sondern eine komplexe

AUSGANG

gesellschaftliche Struktur, letztlich ein Prinzip. (Dass ein solches Vertrauen oft mit unreflektierter Obrigkeitshörigkeit einhergeht, kann nicht dem Sozialstaat angelastet werden. Die Lehre aus dem NS-Regime, dass das Vertrauen in staatliche Institutionen immer ein kritisches sein muß, ist in erster Linie eine Herausforderung an Bildung und Erziehung.). Ein solcher Sozialstaat kann nur auf der Grundlage bestimmter Mentalitäten funktionieren; er bringt zugleich wiederum eine Bedürfnis- und Wertehierarchie her-

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 1

renten Kanälen versickerte, rief schließlich verschiedene Medien auf den Plan, die - neben billigem Öffentlicher-Dienst-Bashing - auch unangenehme Fragen nach der Kosten-Nutzen-Bilanz der ADS stellten. Dabei droht jedoch der eigentliche Skandal in Vergessenheit zu geraten, und das ist die sehr eigentümliche Interpretation, die Frau Dr. Köppen von ihrem Amt hat. Mit einer etwas angestaubten Wendung könnte man vom Bock sprechen, der hier zum Gärtner gemacht wurde.

Als Beispiel mag der Umgang mit einer Sinus-Studie zum Thema „Diskriminierung im Alltag“ dienen, die von der Stelle selbst in Auftrag gegeben wurde (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/RedaktionADS/PDF-Anlagen/2009-04-02-schriftenreihe-band4,property=pdf,bereich=ads,sprache=de,rwb=true.pdf). Dort wird in aller wünschenswerten Klarheit ausgesprochen, was die Deutschen von Migranten, Homosexuellen und anderen Minderheiten halten: gar nichts. Doch anstatt den zugrundeliegenden Ressentiments mit allen Mitteln ihrer Behörde entgegenzutreten, liest Frau Dr. Köppen aus der Studie den Beleg für ihre These heraus, wonach es gegen Diskriminierung „keinen gesetzlichen Regelungsbedarf“ gebe. Stattdessen seien „vielmehr Politik und Wirtschaft in der Verantwortung“, was die Amtsleitung schnurstracks zu ihrer eigentlichen Mission führt: dem „Bündnis mit der Wirtschaft“, das sie zu schmieden gedenkt (allerdings ohne dass irgendjemand, die Wirtschaft selbst nach eigener Aussage inbegriffen, bisher davon etwas mitbekommen hätte).

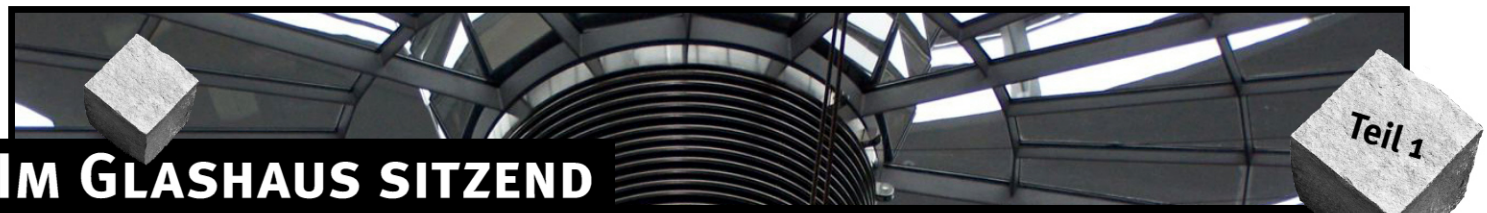
Es ließen sich noch mehr Beispiele für die Mischung aus Inkompetenz und einem naiv wirtschaftsgläubigen Weltbild anführen, die in der ADS zu herrschen scheint. Trotzdem soll hier der Versuch einer Ehrenrettung für die arme Frau Doktor unternommen werden, die sich vielleicht ungewöhnlich tollpatschig anstellt, aber letztlich nicht viel Anderes macht als das, was von ihr erwartet wird. Denn der Skandal um das Amtsverständnis der ADS-Chefin ist in den Augen ihrer Auftraggeber gar keiner und die Tollpatschigkeit hat Methode und Kalkül.

Es gibt viele Dienststellen beim Bund, in Ländern und Kommunen, deren unausgesprochener Auftrag darin besteht, nichts zu tun - oder jedenfalls nicht das, was in ihrem Titel steht. Das nur halb scherzhafte Bonmot über den Bundes- oder jeden beliebigen Landeswirtschaftsminister, er werde dafür bezahlt, dass er nichts tue, läßt sich auf jede beliebige Behörde anwenden, die im Verdacht steht, sie könnte durch irgendeine Art von Aktivität die deutsche Staatsreligion des freien Marktes bremsen, behindern oder schlimmstenfalls sabotieren. Zu diesem Kreis potentieller Staatsfeinde gehört eben auch eine so harmlose Einrichtung wie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Denn man stelle sich vor, die ADS würde ihrem Namen entsprechend Gesetzesvorhaben vorantreiben, die z.B. die Personalpolitik von Unternehmen auf ihr Diskriminierungspotential durchleuchteten. Die Massenflucht solcherart geknebelter Unternehmer aus dem sozialistischen Zuchthaus namens Deutschland wäre unaufhaltsam (sie findet in der deutschen Presse ohnehin schon seit Jahrzehnten statt). Doch natürlich muß der Bundeswirtschaftsminister auch etwas tun, Brücken einweihen zum Beispiel. Es ist klassische Symbolpolitik, die dem Steuerzahler privatwirtschaftliche Investitionsentscheidungen als das Ergebnis vorausschauender staatlicher Planung verkauft. Und auch die Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes versteht sich auf derartige Symbolpolitik, indem sie beispielsweise ein „Bündnis mit der Wirtschaft“ propagiert, das als Strategie gegen Diskriminierung gar nicht funktionierem kann — zumindest nicht bei jenen Personengruppen, deren Benachteiligung im Betrieb nicht nur Ergebnis dumpfer Vorurteile ist, sondern auf betriebswirtschaftlichem Kalkül beruht. Arbeitnehmer mit Behinderung sind zweifellos eine solche Gruppe: weniger flexibel und belastbar, kann ihre Benachteiligung und ggf. Aussortierung immer rational mit ökonomischen Erwägungen begründet werden. Daran wird sich kein Unternehmer oder Personalchef von einem „Bündnis mit der Wirtschaft“ (wie real oder phantasiert auch immer) hindern lassen, es sei denn, er hörte auf, Unternehmer zu sein, d.h. wirtschaftlich zu denken.

Dass Frau Dr. Köppen mit ihrer Behörde in der Öffentlichkeit ein derart schlechtes Bild abgibt, ist so gesehen nichts anderes als das vorhersehbare Scheitern des Versuchs, Antidiskriminierung auf unveränderte ökonomische Machtverhältnisse quasi oben draufzupacken. Was bleibt, ist der moralische Zeigefinger.

Der politische Wille, der hier erkennbar fehlt, ist allerdings auch nicht zu erwarten. Das AGG, dem die Stelle ihre Existenz verdankt, ist nichts anderes als die Umsetzung von EU-Richtlinien, also in Deutschland seit jeher kein Quell für überdurchschnittlichen Enthusiasmus.

Thomas Schmidt, München



Im Glashaus sitzend
Existenzsicherung im postmodernen Krüppelparadies

Teil 1

Teilhabe, Mainstreaming, Gleichstellung — Begriffe, die für sich genommen längst Einzug in das Alltags-Fachchinesisch der BehindertenstrategInnen gehalten haben — besitzen im Alltag vieler behinderter Menschen längst den Geschmack bitter-hämischer Ironie: In den letzten Jahren haben sich in vielen Lebensbereichen die Bedingungen real verschlechtert. Darf man mit Steinen werfen, wenn frau/mann in einem immer fragiler werdenden Glashaus sitzt? – Eine Frage, die von der Redaktion eindeutig mit „Ja“ beantwortet wird. Von Euch auch? Wir wünschen uns unbedingt weitere Beiträge zu Überlebensstrategien im Sozialstaat!
Bitte bis zum 10. November 2009 direkt an die Redaktion.
Der folgende Beitrag ist Auftakt einer „Glashaus-Reihe“. Spannend finden wir ihn, weil er sich nicht in erster Linie mit den Problemen innerhalb des für uns vorgesehenen Systems beschäftigt, sondern der beschriebene, sehr eigene Weg einen lohnenswerten Blick „von außen“ auf eben dieses System ermöglicht.

Im Glashaus sitzend mit Steinen werfen?

Mein Glashaus ist meine Arbeitsstelle. Wenn ich die verlieren würde! Gar nicht auszudenken!
Seit 20 Jahren arbeite ich halbtags in derselben Firma. Bei freier Zeitanteilung. Ich hasse Wecker. Wecker sind meine Feinde. Außer keine Wecker benötige ich in unmittelbarer Nähe meines Arbeitsplatzes ein Sofa, damit ich mich im Fall des Falles hinlegen kann – und „leer“ sagen.
Bei Verlust meiner Arbeitsstelle droht mir Behinderung. Als praktizierende Epileptikerin bekäme ich wohl mindestens 70%. Um sie zu erhalten – also eigentlich, um 30% meiner Vollwertigkeit aberkannt bekommen zu dürfen –, müsste ich mich von fremden Leuten betatschen lassen, ihnen Dinge erzählen, die sie nichts angehen, mich zu einem Gegenstand machen, der taxiert wird. Man würde mich „rehabilitieren“ wollen mit chemischen Mitteln, deren Einnahme weitere Beobachtung erfordert und weitere Abhängigkeiten nach sich zieht von Behörden und deren Bütteln, von der Pharmaindustrie und vom medizinischen Kontrollsystem. Verweigerung wird entweder mit Geldentzug oder Pathologisierung geahndet. Zum Ausgleich hätte ich als offizielle Behinderte noch weniger Chancen, eine Arbeitsstelle zu finden, als ohnehin schon.
Wie viele Menschen mag es geben wie mich? Wie viele EpileptikerInnen schlucken Tabletten, auf die sie verzichten könnten, würden sie ihre Wecker aus den Fenstern werfen? Oder aufhören, sich abends vor den Verdummungs-Altar zu setzen? Oder lernen, auf die kleinen Empfindungen zu achten, die zu ignorieren wir unser Leben lang einüben müssen? Oder auch nur Lebensmittel mit Geschmacksverstärkern meiden?
Ich hatte Glück. Zwei Jahre lang verfügte ich über Zeit und Geld genug, das Antiepileptikum, mit dem ich „behandelt“ wurde, abzusetzen und stattdessen ordentlich krank zu sein. Eine im Kernspintomographen nachgewiesene zerebrale Delle schützte mich davor, als „schizophren“ deklariert zu werden und mich selbst für verrückt zu halten (was mich damals noch in Identitätskrisen gestürzt hätte). Sagt es keinem Psychiater: Meine Halluzinationen sind einfach wunderbar! Unter anderem höre ich Musik von vollkommener Reinheit. Auch höre ich Stimmen. Es hat lange gedauert, ehe ich nicht mehr nachschauen musste, ob wirklich jemand meinen Namen rief. Halluzinierten Stimmen fehlt der Raumklang.
Eines Tages erzählte mir jemand ich von einem Jogi, der sich mit einer Nadel traktierte, ohne Schmerz zu empfinden. Währenddessen zeichnete man sein EEG auf und stellte fest, dass er sich selbst anästhesierte. So erfuhr ich von der Möglichkeit, das Gehirn auf dieser Ebene zu beeinflussen. Heute ist dies allgemeiner bekannt. Man macht recht wenig draus, gewissen Unternehmen nicht zum Schaden.
Mögliches einzuschränken ist oft nützlich – etwa, wenn es darum geht, Monster in finsteren Gewölben wegzudiskutieren. Die Einschränkung des Möglichen kann aber auch behindern. Man versucht Vieles gar nicht erst. Man versteht Vieles nicht.
Wer versteht die Angst von Majestix, der Himmel könnte ihm auf den Kopf fallen? Das ist doch unmöglich! Wirklich unmöglich? Einer der Autoren von „Asterix & Obelix“ könnte einen Temporallappenanfall erlebt haben. Da fällt einem der Himmel auf den Kopf. Eine schlimme Sache. Unmöglich lässt sich so eine Erfahrung geistig-psychisch integrieren. Unmöglich? Ein konstruktivistischer Raumbegriff wirkt Wunder.
Allgemein mangelt es Menschen mit beschädigten Gehirnen an Begriffen. Allzu oft müssen wir „als ob“ sagen. „Als ob mir der Himmel auf den Kopf fällt. – Es ist aber nicht wirklich so.“ Ist es wirklich nicht wirklich so? Es sind konkrete Empfindungen und Erlebnisse. Ich sage doch auch nicht: „Als ob ich diese Tastatur unter meinen Fingern spüre.“ Normalität macht mir mein Gehirn zum Alien.
Die Realität wird von Leuten mit Standardgehirnen definiert. Wir brauchen Freiheit. Freiheit zum Spielen – nach Art von „Ich sehe was, was du nicht siehst“. Im Internet zeichnet sich so etwas ab. Dort kom-

Fortsetzung auf Seite 8

Der Beginn der „Euthanasie“ im Osten

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Auf den gleichen Tag datiert Hitlers „Euthanasie“-Erlass.
Er lautete:
„Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann. gez. Adolf Hitler“

Nicht zufällig wählten die Vernichtungsfachleute dieses Datum. Obwohl die Anweisung erst später entworfen wurde, symbolisierte die Rückdatierung eine Kriegserklärung an den inneren Feind der „arischen Rasse“ – die Kranken und Behinderten. Denn trotz der positiv scheinenden Worte des Gnadentodes machen besonders die Anfänge der Vernichtungsaktion in den Kliniken und Anstalten den Zusammenhang zum Krieg deutlich.

Denn noch befand sich der Verwaltungsapparat der „Euthanasie“-Zentrale in der Aufbauphase. In dieser Situation sahen sich einzelne örtliche Vertreter des Regimes veranlasst, eigenständig mit der Ermordung von Kranken und Behinderten zu beginnen. Das galt besonders in den deutschen Ostprovinzen und in den eroberten Gebieten Polens, brauchten die Einheiten der Wehrmacht, SS und Sicherheitspolizei doch Gebäude für Kasernen und Kriegslazarette, um ihren Vormarsch logistisch abzusichern.

So verfügte Franz Schwede-Coburg, zu Kriegsbeginn NSDAP-Gauleiter, Oberpräsident und Reichsverteidigungskommissar in Pommern, die Räumung der Heil- und Pflegeanstalten Stralsund, Ückermünde, Treptow, und Meseritz-Obrawalde. Er wollte sie anderen Zwecken zuführen. So hatte er gegenüber Himmler zugesagt, die Anstalt Stralsund der SS als Kaserne zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck erhielt der in Danzig stationierte SS-Sturmbannführer Kurt Eimann den Befehl die genannten Anstalten zu räumen. Er ließ die Patienten und Patientinnen in mehreren Transporten nach Neustadt/Westpreußen deportieren. Dort wurden sie in einem Wald bei Piasznicz (Kreis Neustadt) verschleppt und durch Genickschuss ermordet. Ein Häftlingskommando des KZ Stutthoff, das später selbst ermordet wurde, musste die Toten begraben. Nach nicht vollständig gesicherten Informationen sollen diesen Aktionen mindestens 1.400 pommersche Insassen zum Opfer gefallen sein.

In Danzig-Westpreußen begann das Morden am 29. September 1939. In dem Krankenhaus Kocborow bei Bromberg wurden bis zum 1. November 2.342 psychisch Kranke ermordet. In der Anstalt Swiecie, ebenfalls im Bezirk Bromberg, wurden im September/Oktober 1939 1.350 Patientinnen und Patienten durch Angehörige der SS und des Selbstschutzes erschossen. Im Oktober des Jahres begann der Mord an Kranken in der Klinik Owinska bei Posen in Polen. 900 bis 1.100 Männer und Frauen fielen dem Terror zum Opfer. Bis zum Mai 1940 setzten die Einheiten der SS und der Sicherheitspolizei das Morden fort.

Eine besondere Bedeutung in diesem Zusammenhang hatte ein Sonderkommando unter dem Befehl des SS-Obersturmbannführers Herbert Lange. Es bestand aus 15 Mann der Sicherheitspolizei und 60 Mann der Schutzpolizei. Dieses Kommando war unter anderem verantwortlich für den Mord an mehr als 1.200 Menschen in der westpreußischen Heil- und Pflegeanstalt Tiegenhof. Tiegenhof wurde neben Meseritz-Obrawalde später zu einer der zentralen Vernichtungseinrichtungen während der zweiten Phase der „Euthanasie“ (siehe newsletter Nr. 6 Dezember 2001, S. 6).

Insofern waren die Aktionen unter Langes Einsatzkommando zu Beginn des Krieges mitentscheidend dafür, dass später die Ausweitung der „Euthanasie möglich wurde.

Auch in einer anderen Hinsicht war Lange ein „Pionier“ der Vernichtung. So verfügte seine Gruppe über einen Sattelschlepper, der mit Gasbehältern versehen war. Von dort gingen Zuführungen zu einem luftdicht verschließbaren Anhänger, in denen bis zu 70 Personen eingepfercht werden konnten. Das waren die ersten im Einsatz befindlichen fahrbaren Gaskammern. Allein 448 Bewohner der Anstalt Tiegenhof wurden auf diese Weise ermordet.

Zugegen dabei war auch der Chemiker Albert Widmann vom Kriminaltechnischen Institut. Er lieferte das tödlich wirkende Kohlenmonoxid. Ihm ging es um die Gewinnung von Erfahrungswerten beim Vergasen, beriet er doch die „Euthanasie“-Planer in Berlin beim Aufbau der Vergasungsanstalten im Reichsgebiet. Sie wurden Anfang 1940 in Betrieb gesetzt.

Insgesamt betrachtet gingen die Mörder arbeitsteilig und sich gegenseitig verstärkend vor. Bestand die Hauptaufgabe der Einsatzkommandos im Osten vornehmlich in der Verfolgung von Juden und Polen, leistete man durch den Mord an Kranken und Behinderten doch Unterstützung, um die Durchführung der „Euthanasie“ im Reich effektiver gestalten zu können. Umgekehrt wurde durch die Vernichtungsaktionen der Kommandos im Osten der Raum geschaffen, um später nicht nur Anstaltsinsassen, sondern auch Juden, Roma/Sinti und andere „Unerwünschte“ der Vernichtung preiszugeben.

Volker van der Locht, Essen

Fortsetzung von Seite 6

men genügend EpileptikerInnen zusammen, um jene kritische Sozialmasse zu bilden, die erforderlich ist, um Realbegriffe zu fabrizieren. Sie fangen klein an. Sie schreiben zum Beispiel: „I had an E“ – Ich hatte ein (großes) E.

Die Realität wird von Leuten mit Standardgehirnen definiert, die keine körperliche Arbeit verrichten. Daher haben Empfindungen wie solche, die bei Fließbandarbeit anfallen, ungefähr den Realitätsstatus wie die bei Temporallappenanfällen. Wäre es anders, würde Fließbandarbeit verboten wie andere Formen der Vergewaltigung auch. Anormalität hat manchmal auch Vorteile.

Fortgeschrittener als EpileptikerInnen und Proleten sind einige Aspies (Hinweis auf Aspies e.V. - Menschen im Autismusspektrum, Anmerkung der Red.). Sie fordern Anerkennung als Variante der menschlichen Spezies, nicht Anerkennung als Behinderte. Sie verlangen das Recht auf schriftliche Kommunikation mit ÄrztInnen und Behörden, ohne sich erklären zu müssen.

Vielleicht kommen sie eines Tages damit durch. Aber könnten zum Beispiel Menschen mit Down-Syndrom eines Tages den Behindertenstatus los werden? Unmöglich?

Die Kategorie der Behinderung ist ein Effekt der Industrialisierung. Der Grad der Behinderung bemisst sich an der Ausbeutbarkeit im Kapitalverwertungsprozess. Die Menschen gleichen einander wie Geldscheine, die nicht Eugen heißen und nicht Ay_e.

Gleichheit muss nicht so sein. Niemand wäre mehr anders, dürften alle anders sein. Vielleicht ist das weniger als einen Steinwurf entfernt. Vielleicht genügt schon ein klitzekleines Sich-Rühren, damit Eingepasste ihre Zwangsjacken spüren. Eng genug sitzen die Modelle inzwischen.

Maike Arft-Jacobi

Fortsetzung von Seite 5

vor, die das notwendige Vertrauen schafft, und reproduziert seine Grundlagen auf diese Weise selber. Dieses Denken stellt nicht individuelle Vorteilssicherung und Schnäppchenjagd in den Vordergrund, sondern Werte wie Verläßlichkeit, ja, auch eine gewisse Art von Gemeinsinn. Dies sind im besten Sinn wertkonservative Tugenden, denen zu Unrecht ein etwas verstaubter Beigeschmack anhaftet.

Die gegenwärtigen neoliberalen Angriffe auf den Sozialstaat nehmen nicht umsonst gerade diese Ebene des Denkens und Fühlens der Menschen ins Visier. Seitdem der Bereich der sozialen Sicherung als Markt entdeckt wurde, auf dem private Anbieter viel Geld verdienen können, führen Werbung, Medien und regierende Politik einen ideologischen Feldzug gegen diese „sozialdemokratische“ und „traditionalistische“ Mentalität. Die Leistungskürzungen der vergangenen Jahre sind nicht in erster Linie finanziellen Engpässen geschuldet, sondern haben auch eine ideologische Funktion: Sie sollen - im Verbund mit immer neuen privaten Angeboten - das Vertrauen in die gesetzliche Sozialversicherung untergraben. Dieses Vertrauen ist politisch nicht mehr erwünscht, denn die besserverdienenden Versicherten sollen auf den unübersichtlichen Markt der Riesterrenten, kapitalgedeckten privaten Krankenversicherungen und dergleichen gelockt werden. Dafür, dass dies gelingt, sorgt schon die Lobbyarbeit der Versicherungswirtschaft, die sich die für sie lukrativen Gesetze seit der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer praktischerweise gleich selber schreiben darf.

Die Krise des Sozialstaates ist also in erster Linie eine Vertrauenskrise.Wer kann, flüchtet aus der Solidargemeinschaft, die immer weniger soziale Absicherung verspricht und trägt somit sein Teil dazu bei, eine Finanzkrise der Sozialkassen erst zu erzeugen und im weiteren Verlauf zum Kollaps zu führen.

Ein einfaches Zurück in Form einer bloßen Rücknahme der Kürzungen und Privatisierungen kann es nicht geben. Ein solches Vorhaben würde nicht nur an den Widerständen der Nutznießer dieser Politik scheitern; auch das Vertrauen, das verspielt wurde, läßt sich nicht so leicht wiederherstellen.

Ein Neustart des Sozialstaates, der das Vertrauen der Menschen unter veränderten Bedingungen zurückgewinnen will, ist nur erfolgversprechend mit einem neuen politischen Projekt, das zum Ziel haben muß, dass ausnahmslos jeder nach seinen Möglichkeiten in die Sozialkassen einzahlt. Ein solches Modell (das auch als Bürgerversicherung in der Diskussion ist) erscheint lohnender, als romantisch-verschwiemelten Vorstellungen nachzuhängen, die ihre Tauglichkeit in großem Maßstab noch nie bewiesen haben.

Thomas Schmidt, München

Impressum

newsletter Behindertenpolitik Nr. 37
(erscheint als Beiheftung von BIOSKOP Nr. 47)

Redaktionsteam:

Volker van der Locht,
Tel. 02 01 / 4 30 92 55
E–Mail: volkervanderlocht@t–online.de

Jörg Fretter (V.i.S.d.P.),
Friedensplatz 6,
35037 Marburg,
Tel. 0 64 21 / 2 50 29
E–Mail: newsletter@joergfretter.de

Beiträge in dieser Ausgabe:
Volker van der Locht, Thomas Schmidt, Ulrike Lux, Jörg Fretter

Layout: Jörg Fretter

Druck:
zeitdruck Thäns, 45276 Essen